

Die Volksrepublik China und die Vereinten Nationen

Ein Rückblick nach fünf Jahren Mitgliedschaft

UWE G. FABRITZEK

»Wir haben es nicht so eilig mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen«, erklärte Mao Tse-tung noch im Januar 1957 vor einer Konferenz von Provinz- und Stadtsekretären¹. Diesem Prinzip des Abwartens ist China in seiner gesamten Außenpolitik ebenso treu geblieben wie in seiner UN-Politik: als China am 25. Oktober 1971 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, erfüllten sich Erwartungen in eine »revolutionäre« chinesische UN-Politik nicht. China verzichtete auf eine willkürliche Handhabung seiner neuen Rechte, taktierte betont zurückhaltend, bestrebt, das Funktionieren der Weltorganisation und ihre Existenz nicht zu gefährden — ohne freilich auf seinen Platz als einflußreicher Staat und die Vertretung einer klaren Position in allen wesentlichen Fragen zu verzichten. Die konsequente Politik der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen trägt unverkennbar die Handschrift Mao Tse-tungs. Mit seinem Tod am 9. September 1976 ist zweifellos eine Ära der chinesischen Politik zu Ende gegangen, die sich auch auf die außenpolitischen Positionen des Reiches der Mitte erstreckte. Anlaß genug für eine zusammenfassende Darstellung der Politik der Volksrepublik China gegenüber und in den Vereinten Nationen.

*

Jeder Darstellung der UN-Politik der Volksrepublik China muß vorangestellt werden, daß diese nur vor dem Hintergrund ihres innen- und außenpolitischen Bezugsrahmens verstanden werden kann. Dies bedeutet im allgemeinen, daß die gegenwärtige Außenpolitik Chinas in unmittelbarem Zusammenhang mit der innenpolitischen Szenerie steht, und im besonderen, daß die UN-Politik nur ein Teil der Außenpolitik und damit Instrument zur Erlangung der außenpolitischen Zielsetzung Chinas ist. Diese doppelte Interdependenz der chinesischen UN-Politik impliziert auch unerwartete Veränderungen, die ihre Ursachen in innenpolitischen Gegebenheiten haben können. Eine ähnliche Entwicklung war bereits während der »Großen Proletarischen Kulturrevolution« (1966 bis 1969) festzustellen und kann gerade auch vor dem Hintergrund der Nachfolgeprobleme für die nähere Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Die Volksrepublik China als Nicht-Mitglied

Die KP Chinas und die Gründung der Vereinten Nationen

Die Vertretung Chinas wurde von der Gründung der Vereinten Nationen an von der Republik China wahrgenommen, die als Gründungsmitglied zugleich Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats war. Die darin liegende Anerkennung als Großmacht erfolgte auf Initiative der USA, deren Interesse im Hinblick auf den pazifischen Krieg darin lag, China als politische Macht gegenüber Japan aufzuwerten. An der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen hatte neben der Delegation der Republik China auch eine Delegation der Kommunistischen Partei Chinas mit Zustimmung der Regierungen Chinas, der USA und der UdSSR unter Führung von Tung Pi-wu teilgenommen und dabei die grundsätzlich positive Haltung der Partei zu den Vereinten Nationen demonstriert. Mao Tse-tung selbst begrüßte in seinem 1945 verfaßten Artikel »Über die Koalitionsregierung« ausdrücklich die Gründung der Vereinten Nationen und ihre Zielsetzungen und erklärte sich mit den Beschlüssen der Gründungskonferenz »voll und ganz einverstanden«².

Nach dem Sieg der Kommunisten im chinesischen Bürgerkrieg, der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 und der Flucht der Regierung Chiang Kai-shek auf die Insel Taiwan bestanden de facto zwei Regierungen, die beide die Alleinvertretung für China beanspruchten.

Die VR China und die Vereinten Nationen

Die Analyse der UN-Politik der Volksrepublik China muß danach vor dem Hintergrund ihrer Außenpolitik gesehen werden, die ihrerseits in starkem Maße von der innenpolitischen Entwicklung abhängt, worauf an dieser Stelle nur verwiesen werden soll.

Die Außenpolitik Chinas seit 1949 stand unter dem Vorzeichen des sich verändernden Verhältnisses zur UdSSR und verlief in verschiedenen Phasen, woraus sich eine an diesen Phasen orientierte Darstellung auch der UN-Politik Pekings anbietet³.

Die erste Phase bis Anfang der sechziger Jahre stand unter dem Aspekt von zunächst guten, sich zunehmend abkühlenden Beziehungen zur UdSSR bei ausschließlichen Kontakten zu sozialistischen Staaten und zu solchen der Dritten Welt. Die außenpolitischen Prioritäten lagen ganz klar in

1. der Bewahrung der Unabhängigkeit in politischer, wirtschaftlicher und rüstungspolitischer Hinsicht,
2. der Bewahrung der territorialen Integrität des Landes, wozu auch die Wiedereingliederung Taiwans gehörte und
3. im Kampf gegen den Einfluß der USA im Zuge des Aufbaus einer eigenen Einflußsphäre⁴.

Die UN-Politik dieser Phase war, entsprechend der des sowjetischen Verbündeten, von einer positiven Haltung bestimmt. Unmittelbar nach dem Sieg über Chiang Kai-shek wurde die Forderung nach der Übernahme der Vertretung des Sitzes »China« in den Vereinten Nationen geltend gemacht, da die Delegation Chiang Kai-sheks »kein Recht mehr« habe, für das chinesische Volk zu sprechen⁵. Trotz der Unterstützung dieser Forderung durch den damaligen Generalsekretär Trygve Lie⁶ konnte sich Peking damit nicht durchsetzen. Als entscheidend für die weitere Entwicklung der China-Frage erwies sich der Ausbruch des Korea-Krieges am 26. Juni 1950 und die Intervention chinesischer Verbände, die eine denkbare Lösung des Problems der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen — und die Anerkennung der Volksrepublik China durch die USA — verhinderte. Unter dem Eindruck des Vordringens eines »aggressiven Kommunismus« monolithischer Prägung wurden die VR China und Korea am 1. Februar 1951 von der Generalversammlung als Aggressoren verurteilt. Das Eingreifen in Korea sowie die militärischen Aktionen der Regierung in Peking gegen die von Taiwan besetzten Inseln 1954/55 führten zu einer einseitigen Unterstützung der Regierung Chiang Kai-sheks durch die USA und ihre Verbündeten und einer Ablehnung der Volksrepublik. Ungeachtet dessen konnte die Volksrepublik im November 1950 erstmals eine Delegation zu einer Sitzung des Sicherheitsrats entsenden, die sich mit dem Verlangen Pekings befaßte, Maßnahmen gegen die durch den Korea-Krieg bedingte Anwesenheit der 7. US-Flotte in der Straße von Taiwan zu ergreifen. China machte für einen Waffenstillstand den Abzug aller fremden Truppen aus Korea sowie die Übernahme der Vertretung in den Vereinten Nationen zur Bedingung, doch wurden diese Forderungen abgelehnt. Peking kritisierte die Resolution der Generalversammlung, mit der es als »Aggressor« verurteilt wurde, und erklärte, daß es alle mit dem Korea-Krieg in Zusammenhang stehenden Resolutionen als nichtig ansähe, da die Vereinten Nationen dadurch ihre »Kompetenz und moralische Autorität« verloren hätten. Eine weitere Beteiligung an den Beratungen über die Situation in der Taiwan-Straße lehnte Peking ab, da dies eine »innere Angelegenheit« Chinas sei und die Volksrepublik solange nicht an der Diskussion dieser Fragen teilnehmen werde, bis ihr der ihr zustehende Sitz in den Vereinten Nationen übertragen worden sei⁷. Gleichwohl hielt China an der positi-

ven Bewertung der Vereinten Nationen fest und bejahte auch auf der Konferenz von Bandung von 1955 die Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen⁸.

In einem Grundsatzartikel zum 10. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen wurden deren Ziele und Prinzipien erneut »voll und ganz« unterstützt⁹. Eine Reihe von Freundschaftsverträgen, die China bis zum Ende der fünfziger Jahre abschloß, nahm ebenfalls Bezug auf die UN-Charta. Grundsätzlich blieb die Haltung der Volksrepublik gegenüber den Vereinten Nationen positiv, wenn auch 1959 eine Resolution der Generalversammlung¹⁰, die die Unterdrückung des Aufstandes in Tibet kritisierte, als »flagrante ... Einmischung in die innerchinesischen Angelegenheiten« verurteilt wurde¹¹.

Die Frage der Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen wurde von den USA und den anderen Westmächten kraft der bestehenden Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Republik China (Taiwan) geregelt. Dabei bedienten sich die USA in der Zeit von 1951 bis 1960 der Moratorium-Formel, mit der die Erörterung der China-Frage auf Antrag der USA jeweils um ein Jahr verschoben wurde.

In der zweiten Phase hatten sich die außenpolitischen Prioritäten insofern verändert, als China in ihr den Bruch mit dem einstigen Bündnispartner UdSSR vollzog und nunmehr neben dem Kampf gegen den »US-Imperialismus« auch den gegen den »Sowjet-Revisionismus« an seine Fahnen heftete. Die Führer in Peking, die sich damit praktisch selbst isolierten, da nach wie vor keine Beziehungen zu westlichen Nationen bestanden und die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten durch den Konflikt mit Moskau erheblich beeinträchtigt waren, versuchten in diesen Jahren eine »revolutionäre« Außenpolitik, die unter der Zielsetzung der Schaffung einer eigenen, sowohl gegen die USA wie gegen die UdSSR gerichteten Einflußsphäre stand. Diese Politik fand ihren Ausdruck im Versuch Chinas, mit revolutionären Regierungen bzw. Befreiungsbewegungen Kontakte aufzunehmen. Beispiele hierfür sind die Kontakte zu Algerien, das Engagement in der Kongo-Krise und die mit großen Erwartungen angetretene Afrika-reise von Premier Chou En-lai zur Jahreswende 1963/64. Im asiatischen Raum gehörte die Verschlechterung des Verhältnisses zu Indien nach den Grenzzwischenfällen von 1959/60 und die Knüpfung enger Kontakte zum Indonesien Sukarnos zu den wichtigsten Entwicklungen, während von Westeuropa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Frankreich 1964 und die Kontaktaufnahme zur Bundesrepublik Deutschland im gleichen Jahr zu erwähnen wären. Das massive Eintreten der UdSSR gegen diese chinesischen Versuche der Einflußnahme sowie das teilweise ungeschickte Taktieren und der Sturz verschiedener china-freundlicher Staatsführer brachten der chinesischen Außenpolitik in dieser Phase aber ausschließlich Mißerfolge.

Die UN-Politik Chinas entsprach dieser Außenpolitik: im Rahmen seiner »revolutionären« Politik formulierte Peking eine neue Haltung zu den Vereinten Nationen, die durch Premier Chou En-lai am 24. Januar 1964 gekennzeichnet wurde, als er von »vielen Zielen« der Weltorganisation und der Notwendigkeit ihrer Reform sowie der möglichen Gründung einer Gegenorganisation sprach. Diese Gegenorganisation, die Conference of the New Emerging Forces (CONEFO), sollte zusammen mit Indonesien vorbereitet werden, das aus diesem Grunde aus den Vereinten Nationen austrat.

Zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte China verschiedene Aufstellungen von Fehlentscheidungen der Vereinten Nationen, die zu Lasten der USA gingen und von denen es sagte, daß es sich mit ihnen keinesfalls einverstanden erklären könne¹².

Zudem wurde eine Aufnahme Pekings in die Vereinten Nationen durch von Außenminister Chen Yi am 29. September 1965 verkündete Bedingungen nahezu unmöglich gemacht: Chen Yi forderte die Zurücknahme der Korea-Resolution von 1951, in

der China als »Aggressor« verurteilt worden war, umgekehrt aber die Annahme einer Resolution, durch welche die USA als »Aggressor« verurteilt würden, ferner die Bereinigung aller durch die Vereinten Nationen begangenen Fehler und die Durchführung einer grundlegenden Reorganisation sowie eine Satzungsrevision durch alle »großen und kleinen Staaten« und die Aufnahme aller unabhängigen Staaten bei gleichzeitigem Ausschluß aller »imperialistischen Marionetten«¹³. Dieser Initiative war kein Erfolg beschieden. Auch folgte in Indonesien dem mißglückten Putsch vom 30. September 1965 die Entmachtung Präsident Sukarnos, womit China seinen wichtigsten Bündnispartner in dieser Frage verlor. Das Projekt einer CONEFO war damit ohne Chance auf Verwirklichung, wenngleich die Vorstellung einer »neuen, revolutionären UNO« auch in späteren Jahren noch erwähnt wurde¹⁴.

In den Vereinten Nationen wurde die Behandlung der China-Frage durch eine neue parlamentarische Maßnahme abgelöst, indem sie nach Art. 18 der UN-Charta zur »wichtigen Frage« erklärt wurde, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit entschieden werden kann. Die Anträge der UdSSR von 1961 und 1962 und diejenigen Albanien in den folgenden Jahren konnten mit diesem Verfahren zurückgewiesen werden. 1964 wurde die Frage wegen des Finanzdisputs zwischen den USA und der UdSSR über den Unterhalt der UN-Truppen nicht behandelt. Die Abstimmungsergebnisse der Jahre 1961 und 1965 zeigten eine deutliche Zunahme der Stimmen zugunsten einer Aufnahme Pekings¹⁵.

Die dritte Phase (1966 bis Anfang 1969) stand ganz unter dem Zeichen der Innenpolitik: Die »Große Proletarische Kulturrevolution« brachte eine Konzentration auf die Vorgänge im Innern mit sich, nahezu sämtliche Botschafter wurden nach Peking zurückgerufen und die Außenpolitik stagnierte praktisch¹⁶. Die außenpolitischen Kommentare dieser Jahre zeigten deutlich eine Verschärfung der Kritik an Moskau und eine Verurteilung aller Aktivitäten der UdSSR. Die »Einkreisung Chinas« und das »sowjetisch-amerikanische Komplott« gegen China waren die zentralen Punkte vieler Kommentare und Stellungnahmen¹⁷. Die UN-Politik Pekings dieser Phase läßt sich auf den gleichen Nenner bringen: in den wenigen offiziellen Äußerungen wurden die Vereinten Nationen als »Werkzeug des US-Imperialismus und des Sowjet-Revisionismus« bezeichnet, in denen das sowjetisch-amerikanische Zusammenspiel deutlich werde¹⁸. Diese Haltung implizierte eine Ablehnung der Vereinten Nationen, die von Premier Chou En-lai 1967 noch dahingehend erweitert wurde, daß er für eine »gründlich reorganisierte und umgestaltete« Weltorganisation eintrat¹⁹. Auf der gleichen Linie lag die Ablehnung einer Einladung durch den Generalsekretär U Thant im Sommer 1968 zur Teilnahme als Beobachter an der Konferenz der kernwaffenfreien Staaten in Genf²⁰.

Die Behandlung der China-Frage in der Generalversammlung erfolgte wiederum durch ihre Erklärung zur »wichtigen Frage«. Erstmals ging bei den Abstimmungen von 1966—1968 die Unterstützung für den von Albanien gestellten Antrag für die Aufnahme Pekings zurück²¹. Ganz offensichtlich war dies der Ausdruck des Unverständnisses oder Mißtrauens des Auslands im Hinblick auf die Vorgänge im Innern Chinas.

Die Veränderung dieser Konstellation, die schließlich über die amerikanisch-chinesische Annäherung zum triumphalen Einzug Chinas in die Vereinten Nationen führte, lag in einem Ereignis begründet, das sich in der Schlußphase der Kulturrevolution ereignete und mit dem China auf den ersten Blick nichts zu tun hatte. Es war die CSSR-Krise vom August 1968 bzw. die in diesem Zusammenhang aufgestellte »Breshnew-Doktrin« der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten: für Peking stellte diese Theorie ganz offensichtlich die unverhüllte Ankündigung einer weiteren Intervention à la CSSR, diesmal jedoch mit dem Ziel China, dar²². Die Reaktion Chinas bestand in einer Reaktivierung und grundlegenden Änderung

seiner Außenpolitik nach dem Motto ›Absicherung (gegenüber der Sowjetunion) im Westen durch Beziehungen mit dem Westen‹. Diese Konzeption wurde ideologisch durch das Bündnis mit dem ›zweiten Hauptfeind‹ (USA) gegen den ›ersten Hauptfeind‹ (UdSSR) legitimiert²³. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Pekings zu allen Staaten, ungeachtet ihrer ideologischen Position, mit dem Ziel der Anerkennung der Volksrepublik, dem Eintritt in die Vereinten Nationen und damit der Emanzipation gegenüber dem ›Hauptfeind‹ UdSSR machte deutlich, daß China nun Wert auf eine Aufnahme in die Vereinten Nationen legte: bei einer Reihe von Empfängen für ausländische Staatsmänner und in Botschaften an andere Staaten bedankte sich China für deren Unterstützung bei der ›Wiederherstellung der legitimen Rechte‹ der Volksrepublik²⁴. Außerdem enthielten nahezu sämtliche Kommuniqués über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu anderen Staaten eine Formel, nach der diese Staaten den Anspruch Chinas auf Alleinvertretung in den Vereinten Nationen unterstützten²⁵.

Die Abstimmung über die China-Frage in der Generalversammlung zeigte 1969 und 1970 wieder eine deutliche Zunahme der Stimmen für die Aufnahme Pekings²⁶, und 1970 wurde erstmals mit einem Ergebnis von 51 zu 49 Stimmen die einfache Mehrheit für den Antrag Albanien erreicht, was jedoch wegen des zuvor mit 66 zu 52 Stimmen angenommenen Antrags der USA auf die Erklärung der China-Frage zur ›wichtigen Frage‹ ohne praktische Auswirkungen blieb. Auf der 26. Generalversammlung 1971 erfolgte dann der endgültige Durchbruch für die Volksrepublik China: trotz eines Vorschlags der USA zugunsten einer Zwei-China-Theorie wurde dem Antrag Albanien am 25. Oktober stattgegeben und in der entscheidenden Abstimmung die Zulassung einer Delegation der Volksrepublik China bei gleichzeitigem Ausschluß der Delegation Taiwans mit 76 Ja- gegen 35 Nein-Stimmen angenommen.

Die Volksrepublik China als Mitglied

Als die Vertreter der Volksrepublik China, die offiziell den Platz ›China‹ einnehmen, erstmals am 15. November 1971 in der Generalversammlung erschienen, warteten sie mit einer Überraschung auf. Alle, die nach dem eindrucksvollen Sieg mit dem Beginn einer neuen Phase der Vereinten Nationen gerechnet hatten, gekennzeichnet durch den Versuch der chinesischen Delegation, revolutionäre Veränderungen durchzusetzen, sahen sich getäuscht. Die Delegierten Pekings verhielten sich ausgesprochen zurückhaltend, deutlich sichtbar machend, daß sie auf diesem Parkett nicht zu Hause waren, gewillt keinen Fehler zu machen und dennoch eine klare Position in den entscheidenden Fragen zu vertreten²⁷. Diese Haltung entsprach durchaus der außenpolitischen Interessenlage Chinas seit der Kulturrevolution: Ihre Prioritäten waren und sind (auch heute noch) davon gekennzeichnet, daß China als oberstes Ziel die Erhaltung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität ansieht und daß die UdSSR zum ›ersten Hauptfeind‹ avanciert war. Diese Politik bedingt eine kompromißlose Auseinandersetzung mit der Politik Moskaus in jeder Beziehung mit der Zielsetzung, die Sowjetunion als ›sozial-imperialistisch‹ (nach Lenin: sozialistisch in Worten, imperialistisch in der Tat) und ›neo-kolonialistisch‹ vor der Dritten Welt zu diskriminieren, seinen eigenen Einflußbereich dabei zu erweitern und die Führungsrolle der ›farbigen und unterentwickelten Völker‹ zu übernehmen. Angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Konstellation scheint dies nach Ansicht der Pekinger Führer der einzig mögliche Weg zur Durchsetzung des Endziels ihrer Außenpolitik.

Ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieser Zielsetzung waren und sind die Vereinten Nationen, wobei sich die UN-Politik Pekings als genügend flexibel-pragmatisch erwies, um

auch in den Dienst kurzfristig-regionaler außenpolitischer Interessen gestellt zu werden. Welch große Bedeutung China seiner UN-Politik beimißt, geht nicht zuletzt aus der erstrangigen Besetzung seiner Delegationen bei der UNO²⁸ und aus der Publizität, die China den Vereinten Nationen zukommen läßt, hervor²⁹.

Zur Veranschaulichung der Politik Pekings in den Vereinten Nationen soll im folgenden auf die chinesische Haltung zu den wichtigsten Fragen, die seit 1971 behandelt wurden, eingegangen werden.

Die Grundsatzserklärungen

Die Grundlinien der UN-Politik Chinas wurden von Ch'iao Kuan-hua in der ersten Rede auf der 26. Generalversammlung 1971 wie folgt umrissen:

- > Stärkung des demokratischen Prinzips durch Wahrnehmung aller Angelegenheiten im Wege gemeinsamer Regelung unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten,
- > Kampf gegen die Hegemonie der Supermächte UdSSR und USA,
- > Unterstützung des gerechten Kampfes aller unterjochten Nationen und unterdrückten Völker,
- > Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Entwicklungsländer, Eintreten für die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 Seemeilen,
- > Kampf gegen Kolonialismus, Neo-Kolonialismus und Rassendiskriminierung,
- > Kampf gegen die nukleare Erpressung und gegen die Täuschungsmanöver der Supermächte auf dem Gebiet der Abrüstung.

Dr. Kurt Waldheim wurde am 8. Dezember 1976 von der 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen für eine zweite fünfjährige Amtszeit als Generalsekretär der Weltorganisation wiedergewählt (s. S. 29).



Sich selbst bezeichnete China dabei als Entwicklungsland, das der Dritten Welt zugehörig sei, und sagte zu, sich für die Angelegenheiten dieser Staatengruppe einzusetzen³⁰.

Die Reden im Plenum der 27. bis 31. Generalversammlung wurden jeweils vom inzwischen zum Außenminister avancierten Ch'iao Kuan-hua gehalten. Sie beinhalten keine wesentlichen Änderungen gegenüber den 1971 genannten Grundlinien, sondern allenfalls Ergänzungen um jeweils aktuelle Probleme. So wurden unter dem Aspekt der Unterstützung des »gerechten Kampfes aller unterjochten Nationen und unterdrückten Völker« in der Rede vor der 31. Generalversammlung die Völker Simbabwe, Namibias und Azanias, das palästinensische Volk, Zypern und das koreanische Volk genannt³¹. Wie in allen anderen Reden wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß »die gegenwärtige Weltlage durch große Unordnung gekennzeichnet und die Lage ausgezeichnet (ist). Diese große Unordnung ist für die Völker eine gute und keine schlechte Sache.«³² Interessant in dieser Rede ist die Neuinterpretation der »Drei-Welten-Theorie«, die eine Variation der seit 1964 bekannten Zwischenzonen-Theorie Mao Tse-tungs ist: danach bilden die USA und die Sowjetunion die Erste Welt und die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie die übrigen Gebiete die Dritte Welt; zwischen beiden liegt die Zweite Welt bestehend aus Japan, Kanada, Westeuropa und anderen Ländern³³. Die Staaten der Ersten Welt sind danach die Feinde aller unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Welt, während die Länder der Zweiten Welt zwar einerseits unterdrücken und ausbeuten, doch zugleich selbst der Unterdrückung, Ausbeutung und Kontrolle durch die »Supermächte« ausgesetzt sind. Der eindeutige Schwerpunkt der chinesischen Kritik liegt dabei auf der Politik der UdSSR als dem »ersten Hauptfeind«.

Weltabrüstungs-Konferenz und Bangladesch-Konflikt

In der Diskussion dieser beiden wichtigsten Fragen, die von der 26. Generalversammlung erörtert wurden, gab die chinesische Delegation ihr Debut. Dabei wurde unmißverständlich der erbitterte Gegensatz Chinas zur UdSSR deutlich, der in beiden Fragen zu überraschenden Vorgängen führte. Hatte die UdSSR ihren Antrag zur Einberufung einer Weltabrüstungs-Konferenz zur wichtigsten Frage der Generalversammlung auf dem Gebiet der Abrüstung gemacht, so lehnte Ch'iao Kuan-hua diesen Plan rundweg ab und forderte, daß über diesen Antrag überhaupt nicht abgestimmt werde. Damit war der offene Disput zwischen Moskau und Peking vor dem Forum der Vereinten Nationen eröffnet. In einem schließlich gefundenen Kompromiß wurde eine Resolution verabschiedet, in der nur festgestellt wurde, daß es »sehr erwünscht« sei, unmittelbare Schritte zur sorgsamten Erwägung über die Einberufung einer Weltabrüstungs-Konferenz zu unternehmen, worauf die UdSSR auf eine Abstimmung über ihren ursprünglichen Antrag verzichtete³⁴. China hat diese grundsätzliche Ablehnung von Abrüstungs-Konferenzen auch weiterhin beibehalten und argumentiert, daß diese Konferenzen nur den beiden »Supermächten« dienen. Es verlangt statt dessen, daß diese Staaten ebenso wie China eine Erklärung abgeben, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen und daß sie außerdem alle ihre atomaren Basen auf dem Gebiet anderer Länder zerstören.

Zu einer zweiten Kraftprobe wurde die Behandlung des Bangladesch-Konflikts. China stand dabei auf der Seite der Militärregierung Pakistans unter Yahya Khan und vertrat die Haltung, daß es sich bei den Unruhen in Ost-Pakistan um interne Angelegenheiten Pakistans handle, in die sich andere Länder nicht einmischen dürften. Die Unabhängigkeitserklärung in Ost-Pakistan sei nichts anderes als eine innerstaatliche Rebellion und die UdSSR befürworte mit einer Intervention eine unerlaubte Einmischung. Nach einer heftigen Auseinandersetzung im Sicherheitsrat lehnte China als einzi-

ger Staat den sowjetischen Antrag, der ein Übereinkommen zwischen West-Pakistan und Bangladesch als Voraussetzung für einen Waffenstillstand forderte, ab³⁵. Mit dieser Haltung gewann China die Unterstützung der Dritten Welt, wie die außerordentliche Generalversammlung zeigte, die eine EntschlieÙung annahm, in der der sofortige Waffenstillstand und der Abzug aller Truppen gefordert wurden. In der Abstimmung darüber hatten 104 Mitglieder für und elf gegen die Resolution gestimmt; zehn Staaten enthielten sich der Stimme. Ungeachtet der praktischen Auswirkung dieser Resolution — EntschlieÙungen der Vollversammlung haben die Bedeutung von Empfehlungen — bedeutete dieser Ausgang einen erheblichen Prestigeerfolg Chinas gegenüber der UdSSR³⁶.

Die Revision der Charta

In der für die Zukunft der Vereinten Nationen möglicherweise entscheidenden Frage nach der Revision der Charta hat sich China bisher mit Detailvorschlägen zurückgehalten, aber deutlich gemacht, daß es entsprechend den bereits früher gemachten Äußerungen eine Revision für unbedingt notwendig erachtet. Dies wurde auch in den Grundsatzreden Ch'iao Kuan-huas seit 1971 zum Ausdruck gebracht³⁷.

Nachdem Bestrebungen einer Reihe kleinerer Staaten seit 1970, eine Konferenz zur Revision der Charta einzuberufen, von den USA, der UdSSR und Großbritannien verhindert worden waren, gelang es dem Vertreter Chinas bei der 29. Generalversammlung 1974 — nach einem heftigen Disput mit den sowjetischen Delegierten — zusammen mit zahlreichen Staaten der Dritten Welt gegen den Willen der vier Großmächte eine Resolution durchzusetzen, die die Einsetzung eines 42 Mitgliedern starken Ad-hoc-Komitees beschloß. Die Empfehlung dieses Komitees zur Einsetzung eines Sonderkomitees wurde auf der 30. Generalversammlung am 15. Dezember 1975 ohne Abstimmung angenommen, nicht ohne erneute Auseinandersetzung zwischen den Delegierten Chinas und der UdSSR³⁸. Die Vorstellungen Chinas über Inhalt und Form der Revision der Charta lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- > Für »völlig gerechtfertigt« hält China die Forderung, »das Prinzip der Gleichheit für alle Länder, ob groß oder klein, zu verwirklichen« und damit »dem unvernünftigen Zustand, daß die Supermächte die Vereinten Nationen manipulieren« Widerstand zu leisten³⁹.
- > Einer »ernsthaften Betrachtung wert« sind Forderungen nach »Überprüfung und Abänderung der UN-Charta, für Erweiterung der Rechte der UNO-Vollversammlung, die Einschränkung der Rechte des Sicherheitsrates, die Änderung der Zusammensetzung des Sicherheitsrates und die Einschränkung oder die Aufhebung des Veto-Rechts seiner Ständigen Mitglieder«⁴⁰.

Ungeachtet der möglichen Ergebnisse der Diskussion über die Revision der Charta hat China mit seiner Stellungnahme in dieser Frage sein Ansehen bei den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ganz erheblich ausweiten und festigen können — auf Kosten vor allem der UdSSR sowie der anderen Großmächte.

Seerecht und Meeresboden

Auch in diesen für alle beteiligten Staaten wichtigen Fragen nimmt China eine klare Position zugunsten der Rechte der kleineren Staaten ein. Seit 1972 ist China als Mitglied des Meeresboden-Ausschusses an der Dritten UN-Seerechts-Konferenz direkt beteiligt. Die entscheidenden Fragen dieser Konferenz sind die Festlegung der territorialen Hoheitsgewässer, die Regelung der Durchfahrt durch Hoheitsgewässer, die Durchfahrt von Wasserstraßen, die Fischereirechte, der Besitz und die Ausbeutung der Meeresbodenschätze und die friedliche Nutzung des Meeresbodens sowie die Meeresverschmutzung.

Auf der 3. Tagung der Dritten Seerechts-Konferenz in Caracas 1974 trat der chinesische Delegierte Sh'ai Shi-fan entschieden für eine Hoheitszone von 200 Seemeilen einschließlich einer »exklusiven Wirtschaftszone«, für die nationale Kontrolle von Wasserstraßen in Hoheitsgewässern sowie dafür ein, daß die Ressourcen des Meeresbodens der gesamten Menschheit gehören und der Meeresboden nur friedlich genutzt werden dürfe⁴¹.

Auf der 4. Tagung der Seerechts-Konferenz 1976 in New York, auf der der »einzige informelle Verhandlungstext« diskutiert wurde, vertrat China die gleichen Positionen. Der chinesische Delegierte stellte sich an die Spitze der Forderungen zahlreicher kleinerer Staaten, wobei wiederum die Haltung der UdSSR im Mittelpunkt der Kritik stand⁴².

China konnte gerade in diesen Fragen mit der Unterstützung zahlreicher Entwicklungsländer rechnen und damit sein Prestige weiter aufwerten. Die grundsätzliche Position Pekings, daß in diesen Fragen die »Interessen aller Länder gewahrt« werden müssen, erlaubt es China zudem, auf eine klare Festlegung im Hinblick auf die einzelnen, durchaus umstrittenen und komplexen Fragen zu verzichten.

Handel, Hilfe und Entwicklung

Die übergreifenden Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Entwicklungshilfe, der Rohstoffe, der Ernährungslage und Weltbevölkerung gehören mit zu den zentralen Interessengebieten der UN-Politik Chinas. Die Haltung Chinas in all diesen Fragen ist zum einen davon gekennzeichnet, daß für alle Unzulänglichkeiten in den Entwicklungsländern die reicheren Staaten, insbesondere aber die »Supermächte« verantwortlich gemacht werden, womit die Entwicklungsländer von einer eigenen Verantwortung für ihre wirtschaftliche Situation praktisch freigesprochen werden. Zum anderen wird stets betont, daß Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft die »grundlegende Politik für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft« sei. Mit dem Hinweis auf das Beispiel der Entwicklung Chinas werden die Entwicklungsländer aufgefordert, nicht nur den Einfluß der Großmächte zurückzudrängen, sondern darüber hinaus den maoistisch-chinesischen Weg zu gehen und durch Zusammenschluß einen wirkungsvollen Block zu schaffen.

Die chinesischen Ansichten dazu wurden sowohl in der Vollversammlung wie auch den Treffen von ECOSOC, UNCTAD, ECAFE und UNIDO unüberhörbar deutlich gemacht, wobei die Rolle Chinas auf der 6. Sondergeneralversammlung 1974 über »Rohstoffe und Entwicklung« und auf der 7. Sondergeneralversammlung 1975 über »Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit« von besonderer Bedeutung waren. Auf beiden Konferenzen wurde China von Politikern der ersten Garnitur vertreten (1974 war es der Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing und 1975 Außenhandelsminister Li Ch'iang), und beide Male waren es die UdSSR und die USA, die im Vordergrund der chinesischen Kritik standen⁴³.

Von gleicher Bedeutung waren die Weltbevölkerungskonferenz im August 1974 in Bukarest und die Welternährungskonferenz im November 1974 in Rom. Auf diesen Tagungen machte sich China wiederum zum Sprecher der Interessen der Entwicklungsländer, sparte nicht mit Kritik an UdSSR und USA und lehnte unter Hinweis auf die eigenen Errungenschaften jedwede internationale Regelung über Bevölkerung oder Ernährung ab⁴⁴.

Auf der 4. Tagung von UNCTAD im Mai 1976 wurde von den chinesischen Delegierten erneut die bereits oben erwähnten Standpunkte vertreten. Mit Nachdruck wurden die Deklarationen des Aktionsprogramms, die auf der Manila-Konferenz der »Gruppe der 77« angenommen worden waren, unterstützt, ebenso die »berechtigte Handlungsweise der Entwicklungsländer, Rohstoffe produzierenden Organisationen zu errichten und

auszubauen und vereint zu kämpfen, um ihre staatliche Souveränität, ihre wirtschaftlichen Rechte und Interessen zu verteidigen«⁴⁵. Unterstützt wurden auch die Vorschläge für ein integriertes Warenprogramm und die Indexierung von Preisen, für eine Revision des internationalen Patentsystems, für die Ausarbeitung rechtlich verbindlicher Normen bei der Technologieübertragung und die Anstrengungen um die Hebung der technischen Fähigkeiten der Entwicklungsländer⁴⁶.

Es liegt auf der Hand, daß China auch mit dieser Haltung auf der Linie der Forderungen der Entwicklungsländer liegt und daß die Volksrepublik die Anerkennung und Bewunderung zahlreicher Entwicklungsländer wegen ihrer eigenen Entwicklung gefunden hat — wengleich die Frage, inwieweit der chinesische Weg für andere Staaten praktikabel erscheint, damit längst nicht beantwortet ist.

Fünf Jahre chinesische UN-Politik — eine Bilanz

Eine Analyse der UN-Politik der Volksrepublik China seit ihrem Beitritt 1971 ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß China seither innenpolitisch relativ stabil geblieben ist und daß auf dieser Basis die Außenpolitik konsequent und erfolgreich verfolgt werden konnte. China konnte dadurch sein außenpolitisches Gewicht und Prestige enorm ausbauen, womit es — gemessen am politischen Einfluß — in eine Reihe mit den so oft attackierten »Supermächten« gestellt werden kann. An dieser Entwicklung hat die Politik Pekings in den Vereinten Nationen erheblichen Anteil.

Chinas UN-Politik und die Vereinten Nationen

Eine vergleichende Betrachtung der UN-Politik Chinas und seiner Außenpolitik zeigt eine Identität der Zielsetzungen: die Durchsetzung des Alleinvertragsanspruchs, der unerbittliche Kampf gegen die UdSSR, die Kritik an den USA, die Unterstützung für die unterdrückten Völker und die Befreiungsbewegungen in aller Welt sowie das Eintreten für eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung entsprechen der täglichen Praxis der chinesischen Außenpolitik.

Durch die immer wieder betonte eigene Einordnung in die Reihe der Entwicklungsländer, durch eine maßvoll-entgegenkommende Politik diesen Staaten gegenüber sowie durch die kompromißlose Kritik an den »Supermächten« konnte die Führung der Volksrepublik China mehr Einfluß für ihr Land gewinnen als jede andere chinesische Regierung in der Weltpolitik der Neuzeit. Greifbar nahe erscheint heute die Position als Führer der Dritten Welt — das Ziel Pekings seit dem Bruch mit Moskau.

Für die Vereinten Nationen zog der Beitritt Chinas entscheidende Veränderungen nach sich. Eine der bedeutsamsten Entwicklungen ist die Aufbrechung der jahrzehntelangen Bipolarität — gegeben durch die Politik der USA und der UdSSR —, die eine neue Ära der Weltorganisation einleitete, gekennzeichnet durch ein erhebliches Mehr an Chancen und Möglichkeiten für die kleineren Staaten. Da sich China nicht nur in Fragen von regional-politischer Bedeutung, sondern auch in signifikanten Grundsatzfragen Gehör verschaffen konnte, trug es dazu bei, daß die Vereinten Nationen die Chance haben, »demokratischer« im Sinne der Vertretung der Interessen aller Staaten zu werden. Die Gefahr eines destruktiven Einflusses der chinesischen Politik auf die Vereinten Nationen, vor dem UN-Beitritt Pekings vielfach geweissagt, hat sich damit zumindest bisher nicht bestätigt.

Die Wertung: negativ

Eine Darstellung der UN-Politik Chinas ist ohne den Versuch einer Wertung unvollständig, wobei diese wie jede Wertung maßgeblich von der ideologischen Position des Bewertenden abhängt.

Der Bezugsrahmen für die chinesische Politik in den Vereinten Nationen ist die Außenpolitik als solche bzw. ihre Ziel-

setzung. Dazu ist zunächst festzustellen, daß das Eintreten Chinas für die Unabhängigkeit aller Staaten in wirtschaftlicher, politischer und rüstungspolitischer Hinsicht zu begrüßen ist. Die erbitterte Feindschaft mit der UdSSR und die Gegnerschaft zu den USA sind, historisch betrachtet, zumindest verständlich. Das Eintreten für die Rechte der Dritten Welt entspricht durchaus dem auch hierzulande anerkannten »Nachholbedarf« im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Gleichstellung dieser Staaten.

Gleichwohl muß die Frage, ob die Politik der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen aufgrund ihrer bisherigen Ergebnisse und Auswirkungen von westlich-demokratischen Staaten unterstützt werden soll und kann, negativ beantwortet werden. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, daß China — nicht zu vergessen — ein kommunistischer Staat ist, nach eigenem Selbstverständnis praktisch der einzige Staat, der den »wahren Marxismus-Leninismus« praktiziert. Dies sowie die erklärte Absicht der chinesischen Politiker, die Welt entsprechend den von Karl Marx herausgefundenen »historischen Gesetzmäßigkeiten« zu verändern, läßt die Motivation der chinesischen Politik in einem ganz anderen Licht erscheinen, als dies auf den ersten Blick hin aussieht. Dies gilt zumal vor dem Hintergrund der innenpolitischen Praktiken in China seit der Machtergreifung der kommunistischen Partei 1949, die ein beispiellos rigoroses Vorgehen gegenüber allen Andersdenkenden demonstrierte, ohne irgendeine Rücksichtnahme auf Grund- und Menschenrechte oder gar die persönliche Freiheit des Individuums.

Aus dieser Sicht ist die demonstrierte Feindschaft zur UdSSR bei vorgeblicher »Toleranz« gegenüber den USA und ihrer Politik nichts anderes als die ungemein geschickte Taktik, im Kampf um die Vormacht zunächst den »ersten Hauptfeind« UdSSR mit Unterstützung des »zweiten Hauptfeindes« USA auszuschalten. Der konsequente nächste Schritt wäre ein zumindest ebenso unerbittlicher Kampf gegen die USA und die proamerikanischen Länder der »Zweiten Welt«. Das Eintreten für die Gleichberechtigung aller Länder ist unter diesem Aspekt ausschließlich als Instrument zur Gewinnung der Mehrheit zu sehen, die eingesetzt werden soll, um die vorgeannten Ziele zu erreichen. Daß es sich dabei um eine langfristige Zielsetzung handelt, die von einer Durchsetzung weit entfernt ist, muß nicht besonders betont werden. Gleichwohl ist festzustellen, daß China dieses Ziel konsequent verfolgt und daß unter diesem Aspekt auch eine teilweise Unterstützung der chinesischen Politik eine stillschweigende Billigung dieser Zielsetzung impliziert.

Legt man diese Taktik der chinesischen Außen- und UN-Politik zugrunde, so werden auch politische Aktionen verständlich, für die keine ideologisch motivierte Haltung gefunden werden kann. Sie erklärt die Haltung Pekings im Bangladesch-Konflikt, wobei es nicht um ideologische Prinzipien, sondern um die Unterstützung eines Verbündeten auf dem indischen Subkontinent angesichts des guten Verhältnisses zwischen Indien und der UdSSR ging. Sie erklärt die Unterstützung Pekings für die prowestlichen Bürgerkriegsparteien in Angola, um dieses Gebiet nicht zur sowjetischen Einflußsphäre werden zu lassen. Sie erklärt auch, daß Peking die NATO, die Europäischen Gemeinschaften wie die Bundeswehr und sogar die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützt — nicht etwa aus Freundschaft zum deutschen Volk, sondern um damit die Spannungsherde in Europa wie in aller Welt aufrechtzuerhalten, da China sich davon eine Abnutzung, ein Engagement der »Supermächte« erwartet, die der Politik Pekings und ihrem Ziel Raum lassen. Auch das klare Bekenntnis zu einer »Welt in Unordnung« widerspiegelt nichts anderes als die Überzeugung von der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehren und der Notwendigkeit, die Welt auf revolutionäre Weise zu verändern.

Die Fragen nach den Konsequenzen, die sich aus einer derart zielgerichteten Politik der Volksrepublik China für westlich-demokratische Staaten ergeben, kann nur so beantwortet werden, daß die UN-Politik dieser Staaten sich stets nach den langfristigen Zielen der eigenen Politik zu richten haben sollte: dabei würde dann sehr schnell deutlich, daß die von China so oft beschworene »Interessengemeinschaft« gegen die UdSSR bzw. die USA tatsächlich nur vordergründig ist. China geht es weniger um die Ablösung einer sowjetischen Hegemonie als um die Durchsetzung eigener, ideologisch eindeutig vorbestimmter Vorstellungen. Daß aber eine Ablösung der Hegemonie Moskaus durch eine Hegemonie Pekings auch nur in Teilen der Welt nicht im Interesse westlich-demokratischer Staaten liegen kann, versteht sich von selbst.

Damit soll nicht von vornherein einer grundsätzlichen Ablehnung von Initiativen Chinas in den Vereinten Nationen (und außerhalb) das Wort geredet werden. Es ist aber bei jeder einzelnen Reaktion auf chinesische politische Aktionen zu berücksichtigen, daß die Motivation, die der chinesischen Politik zugrunde liegt, nicht mit übernommen werden kann — auch wenn in der Sache Übereinstimmung festgestellt werden könnte. Sowenig es beispielsweise im deutschen Interesse liegen kann, als Vehikel sowjetischer und amerikanischer Interessenpolitik zu fungieren, sowenig kann der Sinn der Politik der Bundesrepublik Deutschland darin bestehen, vor den Karren einer antisowjetischen Politik Pekings gespannt zu werden, die zudem auf die Errichtung einer eigenen nicht minder totalitär-diktatorischen Hegemonie abzielt. Allerdings setzt dies eine klar formulierte Außenpolitik, die auf nationalen Zielen und Werten und deren konsequenter Verfolgung basiert, voraus.

Perspektiven

Die möglichen Perspektiven der künftigen Entwicklung der Politik Chinas in den Vereinten Nationen orientieren sich wiederum an den Bezugsfaktoren der chinesischen Außenpolitik, wobei auf die eingangs erwähnte Interdependenz mit der Innenpolitik verwiesen sei. Die entscheidende Frage ist dabei die nach der Stabilität Chinas, die von der innenpolitischen Situation abhängt. Gerade diese innenpolitische Stabilität ist aber seit dem Tode Mao Tse-tungs am 9. September 1976 in Frage gestellt: aus allen bekanntgewordenen Informationen über die innere Entwicklung läßt sich ablesen, daß die Zeichen in China auf »Sturm« stehen. Und »Sturm« bedeutet innenpolitische Kontroversen und Machtkämpfe, deren Ausweitung bis hin zu kulturevolutionären oder bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen nicht auszuschließen ist.

Ganz unabhängig davon, daß die Führung der UdSSR seit Jahren auf eine derartige Entwicklung setzt, um dann in den letzten Jahren verlorenes Terrain gutmachen zu können, so implizierte eine derartige Entwicklung eine Stagnation bzw. Veränderung der Außenpolitik Chinas. Für die politische Szenerie der Weltorganisation würde dies jedoch bedeuten, daß China als machtpolitischer Faktor ausfiel: Peking würde angesichts nicht zu verbergender Machtkämpfe im Innern von den Staaten der Dritten Welt fallengelassen werden — schwach sind diese Staaten auch allein.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß ein Rückzug Chinas von der internationalen Bühne innenpolitischer Vorgänge wegen auch bei kritischer Bewertung einen schwerwiegenden Verlust für die Vereinten Nationen wie die internationale Politik bedeuten würde: die Politik Chinas hat sich als wirksames Korrektiv zu der Politik der Großmächte USA und UdSSR erwiesen, für das es derzeit keinen Ersatz gibt. Ein Ausscheiden Chinas aus der internationalen Politik würde zunächst nur dazu führen, daß der Einflußbereich Pekings zum Gegenstand machtpolitischen Strebens der »Supermächte« werden würde und damit der mühsam erreichte Spielraum für die kleinen Staaten wieder verlorenginge.

So bleibt für die kleinen Mitgliedsstaaten ebenso wie für die Verwirklichung des Geistes der UN-Charta zu hoffen, daß China der internationalen Bühne erhalten bleibt — wenngleich ein gradueller Rückgang des chinesischen Engagements, verbunden mit Akzentverschiebungen, zu erwarten ist. Die Bandbreite derartiger Akzentverschiebungen beinhaltet sowohl eine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA wie auch eine partielle Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR — allerdings bei gleichbleibenden ideologischen Gegensätzen.

Der Beitritt Chinas zu den Vereinten Nationen stellt den Höhepunkt einer Entwicklung dar, die China seit dem Einbruch der europäischen Seemächte in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf einen schwierigen und dornenreichen Weg zur Stellung als einer der entscheidenden Faktoren der Weltpolitik der Gegenwart geführt hat. Mit dieser Position hat China bzw. die chinesische Führung gleichzeitig eine schwere Verantwortung übernommen. Wenn auch der Konstrukteur dieser Politik, Mao Tse-tung, von der Bühne abgetreten ist, so ist dem chinesischen Delegationsleiter Ch'iao Kuan-hua zuzustimmen als er auf der letzten Generalversammlung ausführte: »China ist ein großes ... Land. Der Vorsitzende Mao Tse-tung hat uns gelehrt: »Es hat daher einen großen Beitrag für die Menschheit zu leisten.«⁴⁷. So ist es.

Anmerkungen

- 1 H. Martin, Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Tse-tungs 1959 bis 1971, München 1974, S. 30.
- 2 Siehe hierzu: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Bd. III, Peking 1969, S. 303.
- 3 Vgl. U. G. Fabritzek, Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Politische Studien, Sonderheft Nr. 1/1975, S. 58—79. An diesem Aufsatz orientiert sich die vorliegende Darstellung.
- 4 Siehe dazu: R. Löwenthal, Der Einfluß Chinas auf den Ost-West-Konflikt in Europa, Europa-Archiv 1967, S. 339—350.
- 5 UN-Doc.A/1123 (1949).
- 6 Er setzte sich in einem Memorandum für die Zulassung der Delegation der VR China ein, UN-Doc.A/1466, S. 3 f.
- 7 UN-Doc.S/3354 (1955) und S/3358 (1955).
- 8 Siehe dazu: G. Wirsing, Die Konferenz von Bandung, Osteuropa 1955, S. 330 f.
- 9 Tung Pi-Wu, The 10th Anniversary of the United Nations, People's China, Peking, v. 16.7.1955, S. 6—8.
- 10 UN-Doc.A/Res/13 (XV).
- 11 Peking Review v.27.10.1959, S. 8.
- 12 So die Ta Kung-pao v.13.8.1964 und die Jen-min Jih-pao v.19.11.1965; China News Analysis, Hongkong, Nr. 860 v. 5.11.1971.
- 13 Peking Review v. 8.10.1965, S. 7.
- 14 So die Jen-min Jih-pao v. 30.11.1967 in einem Kommentar zur 22. Generalversammlung.

- 15 Zu den Abstimmungsergebnissen von 1951 bis 1970 vgl. Y. H. Nieh, Peking, Taipei und die UNO, Verfassung und Recht in Übersee 1971, Nr. 1, S. 42.
- 16 Diese Besinnung auf innere Angelegenheiten gehört zum Wesen der oft mißverständlichen Kulturrevolution und kann nur aus westlicher Sicht als »Selbstisolierung« betrachtet werden.
- 17 Siehe dazu die Dokumente in U. G. Fabritzek, B. Meißner, Volksrepublik China-Sowjetunion 1964 bis 1972. Analyse und Dokumentation, Internationales Recht und Diplomatie, Köln 1973/74, S. 99 ff.
- 18 S. Anm. 17.
- 19 Jen-min Jih-pao v. 30.11.1967 sowie Peking Review v. 8.12.1967, Peking Rundschau v. 4.7.1967, S. 7.
- 20 Süddeutsche Zeitung v. 3.7.1968, S. 2 nach J. Glaubitz, Die Vereinten Nationen als Instrument der chinesischen Außenpolitik, Egenberg 1974, S. 28.
- 21 S. Anm. 15.
- 22 S. Anm. 17.
- 23 Siehe dazu: Vereinigung des Volkes, Besiegung des Feindes — Eine Studie zu »Über unsere Politik«, Peking Rundschau v. 31.8.1971, S. 5—9.
- 24 So Li Hsien-nien am 1.9.1969 gegenüber einer sambischen Delegation und Premier Chou En-lai am 4.10.1969 in einer Botschaft an den Kongo-Brazzaville.
- 25 Siehe dazu: U. G. Fabritzek, Die »Taiwan-Formeln« in den Kommunikatons zur Anerkennung Chinas, Osteuropa 1972, S. 56—63.
- 26 1968: 44 dafür, 58 dagegen, 23 Stimmenthaltungen; 1969: 68 dafür, 56 dagegen, 21 Stimmenthaltungen.
- 27 Siehe dazu den Vor-Ort-Bericht von O. Leichter, Pekings Position und Ziele in der UNO, VN 1972, S. 1—7.
- 28 Ch'iao Kuan-hua, der Leiter aller bisherigen Delegationen zur Generalversammlung, ist der einzige chinesische Diplomat, der an allen drei internationalen Konferenzen, an denen China beteiligt war, teilgenommen hat (1954: Genfer Indochina-Konferenz, 1955: Bandung, 1961/62: Genfer Laos-Konferenz).
- 29 Erschienen in der Peking Review in den Jahren 1962 bis 1970 nur wenige Artikel über die Vereinten Nationen (Ausnahme: 1965 mit 29 Beiträgen), so waren es 1971 bereits 52 und 1972 88 Beiträge.
- 30 Peking Rundschau v. 23.11.1971, S. 5—9; UN-Doc.A/PV.1984; siehe dazu auch O. Leichter (Anm. 27).
- 31 Für den vollen Text der Rede siehe Peking Rundschau v. 19.10.1976, S. 12—16.
- 32 Peking Rundschau (Anm. 31), S. 12.
- 33 S. Anm. 32.
- 34 Siehe dazu: O. Leichter (Anm. 27).
- 35 Siehe dazu im einzelnen O. Leichter (Anm. 27) sowie G. Linde, Pekings erstes Veto, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 45 (1972).
- 36 Siehe auch hierzu: O. Leichter (Anm. 27).
- 37 Peking Rundschau v. 19.11.1971, S. 5—9 sowie v. 17.10.1972, S. 5—12, v. 5.10.1973, S. 10, v. 15.10.1974, S. 10—17.
- 38 UN-Doc.A/PV.2440 v. 15.12.1975, S. 31—74; Peking Rundschau v. 31.12.1974, S. 9—12.
- 39 UN-Doc. (Anm. 38) sowie weitergehend: Peking Rundschau v. 30.3.1976, S. 23.
- 40 Peking Rundschau (Anm. 39).
- 41 Peking Rundschau v. 12.7.1974, S. 12.
- 42 Peking Rundschau v. 25.5.1976, S. 23—24.
- 43 Peking Rundschau v. 19.4.1974, S. 8—9 sowie v. 12.9.1975, S. 13.
- 44 Peking Rundschau v. 6.9.1974, S. 14 und v. 15.11.1974, S. 10.
- 45 Peking Rundschau v. 25.5.1976, S. 21.
- 46 Peking Rundschau (Anm. 45), S. 22.
- 47 Peking Rundschau v. 19.10.1976, S. 15—16.

Herausforderung und Chance zugleich ist die Wahl der Bundesrepublik Deutschland in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik nach erst dreijähriger Mitgliedschaft in der Weltorganisation von der Generalversammlung in dieses mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betraute Hauptorgan gewählt wurde, unterstreicht, wie sehr auch am Sitz der Vereinten Nationen ihrer weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rolle Rechnung getragen wird. Die Bundesrepublik Deutschland wird Stellung nehmen und Entscheidungen treffen müssen, die zum einen zu ihrer verstärkten Profilierung im internationalen Bereich beitragen werden, zum anderen aber auch Anlässe zu innen- und außenpolitischen Kontroversen beinhalten könnten. (Vgl. VN 6/1976 S. 161ff.)

